

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

Sozialausschuss 26.11.2020 öffentlich Beschlussfassung

Betreff: Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz im Landkreis Esslingen
 - Fraktionsübergreifender Antrag der SPD und DIE LINKE
 Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung
 vom 7. November 2019 (Vorlage 142a/2019)

Anlagen: Leitlinien zur Demokratieförderung im Landkreis Esslingen

BESCHLUSSANTRAG:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. einen Planungs- und Beteiligungsprozess zur Demokratieförderung im Landkreis Esslingen anzulegen.
2. sich für das Bundesprogramm „Demokratie Leben“ zu bewerben.

Auswirkungen auf den Haushalt:

Die Erarbeitung des Planungs- und Beteiligungsprozesses erfolgt, wie in der Vorlage beschrieben, in 2021 durch die vorhandenen Personalressourcen.

Sachdarstellung:

Der fraktionsübergreifende Antrag zielt im Kern darauf ab, die Demokratie im Landkreis zu stärken. Dazu wird beantragt, eine ganzheitliche Konzeption zur politischen Bildungsarbeit, unter Berücksichtigung demokratiegefährdender Ideologien zu erarbeiten.

Der Landkreisverwaltung war und ist das Thema der Extremismusprävention einerseits und Demokratieförderung andererseits schon immer ein wichtiges Anliegen. Bereits in der Sitzung des Kreistags am 14. Dezember 2000 hat sich der Landkreis mit einer Resolution zu Weltoffenheit und Toleranz bekannt (Vorlage 272a/2000).

Die im Jahr 2000 gefasste Resolution hat nach wie vor Bestand und ist in besonderem Maße aktuell. Der rechtsextremistisch motivierte Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ oder der antisemitische Anschlag in Halle 2019 sind nur Auszüge aus einer Reihe rassistisch und extremistisch motivierter Straftaten in den vergangenen Monaten und Jahren. Die hier zu beobachtende Hasskriminalität ist die Spitze des Eisbergs eines grassierenden und zunehmenden Rassismus und Antisemitismus in Deutschland.

Verschwörungsmythen, Sündenbocktheorien und vermeintlich einfache Lösungen werden in unserer Gesellschaft immer populärer. Die daraus resultierende Hasskriminalität zeigt sich dabei immer stärker in der Anonymität des Internets und der sozialen Netzwerke. Dahinter steht zum einen eine zunehmende Radikalisierung antidemokratischer politischer Milieus und zum anderen bis tief in die demokratische Mehrheitsgesellschaft hineinreichende Fremdenfeindlichkeit, Ressentiments und Ausgrenzungstendenzen.

Die Kreisverwaltung stellt sich den hieraus erwachsenden Herausforderungen und möchte diesen Entwicklungen präventiv entgegenwirken. Der Landkreis Esslingen bekennt sich zu den Prinzipien des Pluralismus, der Demokratie, der Vielfalt und der Toleranz, die nicht zuletzt in der freiheitlich demokratischen Grundordnung und im Grundgesetz zum Ausdruck kommen. Der Landkreis stellt sich gegen jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Er bezieht Stellung und engagiert sich gegen Extremismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung aufgrund von Religion, Weltanschauung, sexueller Identität, Geschlecht oder Behinderung.

Status Quo zum Engagement des Landkreises

Über seine gesetzlichen Pflichtaufgaben hinaus engagiert sich der Landkreis bereits präventiv im Kontext von Antidiskriminierung, Gleichbehandlung sowie gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Im Themenkanon von Inklusion, Teilhabe, Integration, Antidiskriminierung und Chancengleichheit stehen dafür beispielhaft Maßnahmen und die Einrichtung einer Vielzahl von Gremien sowie haupt- und ehrenamtlichen Stellen. Beispielhaft genannt u.a.

- die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung (2016)
- eine hauptamtliche Chancengleichheitsbeauftragte (2019)
- eine hauptamtliche Integrationsbeauftragte (2016)
- Kreispflegeausschuss (1996) und Gesundheitskonferenz (2018)
- Angehörigen- und Betreuerbeirat für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (2013)
- Teilhabebeirat für Menschen mit geistiger Behinderung (2014)
- Angehörigenbeirat psychisch Erkrankter (seit Anfang der 90er Jahre)
- Umsetzung der Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung zur Stärkung interkultureller/diskriminierungskritischer Kompetenzen (2018)

Präventive Maßnahmen zur Demokratieförderung und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit für die Zielgruppe der jungen Menschen, werden im Kreisjugendamt, federführend durch das Kreisjugendreferat bearbeitet. Eine Allianz kommunaler und freier Träger der Jugendhilfe, der Kinder- und Jugendarbeit sowie schulischer und außerschulischer Bildungseinrichtungen bearbeiten intensiv Themen der Demokratieförderung.

Beispielhaft sind folgende Maßnahmen hervorzuheben:

- Demokratieförderung als Bestandteil der Jugendbeteiligung wird durch den Landkreis in vielfältiger Weise gefördert: **Rahmenkonzeption der Kinder- und Jugendarbeit (2019)**, in allen kommunalen Konzeptionen zur Jugendarbeit vor Ort und zur Umsetzung der Jugendbeteiligung laut Gemeindeordnung (§41a GO).
- Konzept der landkreisweiten **Jugendbeteiligung (2018)** (SOA-Vorlage 133/2019).
- Der Landkreis ist, mit dem Kreisjugendreferat Teil **des Beratungsnetzwerks „kompetent vor Ort – Gegen Rechtsextremismus“** im Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Das Ziel ist es, Betroffene im Umgang mit rechtsextremen Erscheinungsformen und/oder menschenverachtenden Einstellungen zu beraten.
- Der Landkreis ist mit dem Kreisjugendreferat und der Fachberatungsstelle Kindertagesbetreuung, neben vielen weiteren Akteuren, Partner der Hochschule Esslingen, zuletzt bei der öffentlichen Vortragsreihe der Hochschule zum Thema **„Demokratie gestalten! – Herausforderungen für zentrale Handlungsfelder demokratischer Bildung“**.
- Mit der **Jugendkonferenz** des Landkreises ist das Netzwerk der Jugendgemeinderäte und interessierten jungen Menschen 2017 entstanden. Der Landkreis hat in Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring Esslingen e.V. die **„Mach Dich“-Kampagne** (Erstwähler 2019) finanziell gefördert und die Durchführung unterstützt. Damit wurde die Jugendbeteiligung als politischer Beteiligungsprozess vorangetrieben.
- Derzeit in Vorbereitung: Fachtag für **Demokratiebildung und -förderung 2021**.

Deutschland hat nicht zuletzt aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit eine besondere Verantwortung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und jedweder Form von Extremismus couragiert entgegenzutreten.

Ein bedeutsamer eigener Beitrag gegen den im Rechtsextremismus in der Regel beinhaltenden Antisemitismus ist die seit **37 Jahren währende Partnerschaft des Landkreises zur israelischen Stadt Givatayim**. Sie ist geprägt durch einen konstanten, vielfältigen Austausch und intensive persönliche Begegnungen. Dies findet auf verschiedenen Ebenen statt, vor allem mit Fokus auf die Jugend. Austauschprogramme gibt es etwa für die Auszubildenden der Landkreisverwaltung, Sportvereine und bereits seit 1994 für die beruflichen Schulen. Teilweise wohnen die Jugendlichen in Gastfamilien und lernen so hautnah das Leben israelischer Familien kennen. Beim Gegenbesuch im Landkreis Esslingen sind Programmpunkte wie der Besuch der Synagoge, des jüdischen Friedhofs in Esslingen und auch der Gedenkstätte in Leinfelden-Echterdingen obligatorisch.

Seit 2019 findet für die am Austausch teilnehmenden Schülerinnen und Schüler der Berufsschulen des Landkreises zur Vorbereitung ein gemeinsamer Seminar- und Netzwerktag statt. Diesen richtet das MidEast Freedom aus, dessen Augenmerk auf der Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Gefahren des Antisemitismus, Islamismus, des Rechtsextremismus und der damit verbundenen Demokratiegefährdung liegt.

Das Jahr 2021 wird Festjahr für „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“, eine Initiative der Bundesregierung, an der sich der Landkreis mit einer Aktion beteiligen wird.

Weiter leistet das Freilichtmuseum mit seinen kulturhistorischen Themen einen wichtigen Beitrag zur Begegnung und Aufklärung. So hat es beispielsweise mit seiner Sonderausstellung „Jüdisches Leben im ländlichen Württemberg“ (2018 und 2019) und dem Begleitprogramm das Leben und Wirken jüdischer Menschen in der Region vorgestellt. Im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes »anders. anders? Ausgrenzung und Integration auf dem Land« der sieben Freilichtmuseen wurde das Vorhaben von der Baden-Württemberg Stiftung und dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg gefördert.

Zielsetzung bei all den beispielhaft genannten Stellen und Maßnahmen ist es, den Nachteilsausgleich für Menschen im Blick zu behalten sowie demokratiezersetzender Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten. Der Landkreis hat dabei in seiner Zuständigkeit eine Bündelungs- und Ausgleichsfunktion insbesondere unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Veränderungen, die strukturellen Rahmenbedingungen zur Extremismusprävention und Demokratieförderung zu schaffen.

Die Verwaltung schlägt vor die IHRA Definition, **Internationale Allianz zum Holocaustgedenken** (IHRA = International Holocaust Remembrance Alliance), der Arbeit zugrunde zu legen.

Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz im Landkreis Esslingen

In Zeiten der aktuellen Pandemie wird gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit besonders sichtbar. Der Einsatz für die Demokratie und den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Der Trend, spezifischen Herausforderungen mit der Schaffung immer weiterer, meist befristeter Stellen bspw. von Beauftragten zu begegnen, ist stets verbunden mit der Gefahr durch eine Fragmentierung der Themen das „große Ganze“ aus dem Blick zu verlieren. Andererseits begründen spezifische Problemlagen auch spezifische Handlungsbedarfe – ein bloßer Appell für gegenseitige Rücksichtnahme und ein friedliches Miteinander würde der Entwicklung der vielfältigen Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen nicht gerecht. Die realen Problemlagen im Kontext der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit würden verwässert.

Mit einem „Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz“, wie in der Anlage skizziert, möchte die Verwaltung es nicht bei bloßen (Lippen-) Bekenntnissen zu belassen. Stattdessen soll unter Federführung der Verwaltung ein ganzheitliches handlungsorientiertes Strategiepapier entstehen, dass zunächst die im Landkreis vielfältig bestehenden Aktivitäten zum Thema der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sichtbar macht. Hierzu sind alle relevanten Akteure wie beispielsweise Städte und Gemeinden, Träger der Wohlfahrtspflege, Bildungseinrichtungen, Polizei und Justiz, Kirchen, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Vereine einzubeziehen. Das Aktionsprogramm wird dadurch anschlussfähig an bereits bestehende Strukturen und Aktivitäten im Landkreis.

Insbesondere ist darauf zu achten, dass die Aktivitäten und Maßnahmen des Aktionsprogramms durch kontinuierliche Kommunikation einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Für den Planungs- und Beteiligungsprozess sind folgende Handlungsfelder wichtig:

- Politische Bildung, interkulturelles Lernen und Demokratiearbeit
- Zivilgesellschaftliches Engagement und Zivilcourage

- Beratung, Monitoring und Intervention
- Medien und Internet
- Forschung
- Internationale Zusammenarbeit.

Darüber hinaus werden die Bundes- und Landeszentrale für politische Bildung, das Demokratiezentrum Baden-Württemberg, der Antisemitismusbeauftragte des Landes sowie die Antidiskriminierungsstelle Esslingen in das Aktionsprogramm eingebunden.

Die Verwaltung beabsichtigt sich beim nächsten Förderaufruf für das Bundesförderprogramm „**Demokratie Leben!**“ zu bewerben, um Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung sowie Extremismusprävention umzusetzen.

Mit dem geplanten „Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz“ ist der Landkreis Esslingen landesweit der erste Landkreis, der die Demokratieförderung und die Extremismusprävention in einem ganzheitlichen Ansatz umsetzt.

Die Verwaltung berichtet erstmals im Herbst 2021 über die konkretisierte Planung sowie avisierten Meilensteine zu berichten und dann wiederkehrend alle drei Jahre mit einer Fortschreibung des Aktionsprogramms.

Der Antisemitismusbeauftragte der Landesregierung, Dr. Michael Blume, ist in die Sitzung eingeladen und wird in die Thematik einführen sowie für Fragen zur Verfügung stehen.

gez.

Heinz Eininger
Landrat